



Zukunft des Breite-Schulhauses: Gestern Abend hat sich das Parlament nicht für den Erweiterungsbau mit markantem Sheddach ausgesprochen. Stattdessen sollen zwei deutlich günstigere Alternativen geprüft werden. Visualisierung zvg

Parlament will günstigere Varianten für Schulhauserweiterung prüfen

Die Vorlage des Stadtrats zur Erweiterung der Schulanlage Breite wurde vom Parlament an die Baufachkommission zurückgewiesen.

VON DANIEL JUNG

In seiner dreistündigen Sitzung diskutierte der Grosse Stadtrat gestern nur über ein einziges Thema, nämlich die Erweiterung der Schulanlage Breite. Am Schluss entschied der Rat mit 14 zu 9 Stimmen für eine Rückweisung an die Baufachkommission, wie sie die bürgerliche Seite gefordert hatte. Die Kommission hat nun den Auftrag, zwei im Vergleich zum ursprünglichen Projekt (siehe Box) deutlich kostengünstigere Varianten auszuarbeiten.

Einerseits soll eine «kostenoptimierte Minimalvariante» (Till Hardmeier, JFSH) für rund vier Millionen Franken geprüft werden: Statt eines neuen Gebäudes sollen dabei die existierende Abwartswohnung saniert und die bestehenden Schulcontainer ersetzt werden. Andererseits brachte die SVP den Vorschlag eines günstigeren Neubaus für rund neun Millionen Franken vor: Auf grosszügige Foyers und die Räumlichkeiten für die Tagesstruktur soll verzichtet werden. Diese Betreuung könne stattdessen im alten Militärunterkunftsgebäude beim Restaurant «Altes Schützenhaus» angeboten werden.

Bis der Rat zu diesem Resultat kam, lieferten sich die Parlamentarier aber vor einem grossen Publikum – zahlreiche Lehrkräfte und Breite-Anwohner

Das Projekt Erweiterung Schulanlage Breite

Für 13,5 Millionen Franken soll beim Schulhaus Breite ein Erweiterungsbau erstellt werden. Das Projekt «Shed» wurde von den Architekten Stutz + Bolt + Partner aus Winterthur entworfen.

Vorgesehen sind sechs Normalklassenzimmer mit Gruppenräumen, drei Werkräume und Räume für Lehrpersonen.

Eine multifunktionale Aula, Räume für Tagesstrukturen und eine Hauswartswohnung sind eingeplant. Dazu kommt eine Aussen-sportanlage mit 60-Meter-Bahn, Basketballfeld und Spielplatz.

besuchten die Sitzung – eine epische Redeschlacht, in der sowohl um grundsätzliche politische Differenzen wie auch um verfahrenstechnische Meinungsunterschiede gestritten wurde.

«Erstaunen und Ärger»

Obwohl über die Notwendigkeit einer Sanierung und den Schulraumbedarf grosse Einigkeit bestand, und obwohl die vorberatende Baufachkommission mit 6 zu 0 Stimmen (bei einer Enthaltung) dem Projekt zugestimmt hatte, war in den Tagen vor der Sitzung auf bürgerlicher Seite ein deutlicher Widerstand gewachsen. Das linke Lager und ein Teil der Mitte reagierten mit «Erstaunen, Enttäuschung und Ärger» (Katrin Bernath, ÖBS) auf die grundsätzliche Kritik an der Vorlage, welche in den sieben intensiven Sitzungen der

Baufachkommission nie wirklich klar geäussert worden sei. «Dieses Vorgehen ist unprofessionell und ineffizient», sagte Bernath. In der Kommissionsarbeit müssten abweichende Anträge früh gestellt werden. «Überraschend ist der Preis ja nicht», sagte Peter Möller (SP).

Gelobt wurden von linker Seite die architektonische und ökologische Qualität des Projekts, die Aufwertung des Aussenraums und der Bau der Aula, die auch für öffentliche Anlässe genutzt werden soll. Doch diese Vorzüge vermochten die Mehrheit nicht zu überzeugen.

«Keine Chance an der Urne»

Mehrere Votanten auf bürgerlicher Seite warnten vor einem Scheitern in der Volksabstimmung, wenn ein «derartiges Luxusprojekt» (Walter Hotz, SVP) in Zeiten angespannter Finanzen vorgeschlagen werde. «Wir geben dieser Vorlage an der Urne keine Chance», sagte Hardmeier. Die Kosten seien massiv höher als die neun Millionen Franken, die 2010 bei Planungsbeginn als grober Rahmen definiert worden seien. Ausserdem könne durch eine geschickte Zuteilung der Schüler auch bestehender Schulraum, etwa in Hemental, besser genutzt werden.

Nach einer zehnmütigen Unterbrechung, in der die Ratsmitglieder Kompromissvorschläge diskutierten, wurde über zwei unterschiedliche Rückweisungsanträge abgestimmt. Die linke Seite hatte vorgeschlagen, die Baufachkommission «wesentliche Einsparungen» prüfen zu lassen. Durchsetzen konnte sich aber die bürgerliche Seite mit ihrer Forderung nach den beiden deutlich günstigeren Varianten.